

## **Gegen die Militarisierung der deutschen Politik - gegen die neuen verteidigungspolitischen Richtlinien der Bundesregierung**

Die Erlanger SPD protestiert gegen die neuen Verteidigungspolitischen Richtlinien des Bundesministeriums der Verteidigung vom 18. Mai 2011 und fordert SPD-Parteivorstand und SPD-Bundestagsfraktion auf, sie unmissverständlich und entschieden abzulehnen und damit auch die bisherigen zustimmenden, zumindest aber äußerst missverständlichen Äußerungen aus der Bundestagsfraktion zu korrigieren.

Nicht genug damit, dass sich die Bundesrepublik am völkerrechtswidrigen Kosovo-Krieg beteiligt hat, in Afghanistan Krieg führt und zu den führenden Rüstungsexportnationen gehört, dass die Rüstungsauftragsforschung an deutschen Hochschulen immer mehr zunimmt und in Schulen mit zweifelhaften Inhalten für die Bundeswehr geworben wird, - jetzt soll mit wesentlichen Teilen der neuen Verteidigungspolitischen Richtlinien eine offene Militarisierung der deutschen Politik nach innen und nach außen festgeschrieben werden

- durch eine aggressive Neudefinition der deutschen Sicherheitsinteressen
- durch den Umbau der Bundeswehr zu einer rund um die Welt einsetzbaren Interventionsarmee und
- durch eine Aufweichung des Verbots des Bundeswehreinsatzes im Innern.

Unter der Überschrift „Werte, Ziele und Interessen“ ist in Abschnitt III des vorliegenden Entwurfs u.a. festgelegt:

*„Zu den deutschen Sicherheitsinteressen gehören:*

*.....*

*- außen- und sicherheitspolitische Positionen nachhaltig und glaubwürdig zu vertreten und einzulösen;*

*- einen freien und ungehinderten Welthandel sowie den freien Zugang zur Hohen See und zu natürlichen Ressourcen zu ermöglichen.*

*.....Deutschland ist bereit, als Ausdruck nationalen Selbstbehauptungswillens und staatlicher Souveränität zur Wahrung seiner Sicherheit das gesamte Spektrum nationaler Handlungsinstrumente einzusetzen. Dies beinhaltet auch den Einsatz von Streitkräften. ....*

*Die traditionelle Unterscheidung von äußerer Sicherheit und öffentlicher Sicherheit im Inneren verliert angesichts der aktuellen Risiken und Bedrohungen mehr und mehr ihre Bedeutung. Die Wahrung unserer Interessen ist heute nur ressortgemeinsam möglich. Deshalb ist eine gesamtstaatliche, umfassende und abgestimmte Sicherheitspolitik erforderlich, die politische und diplomatische Initiativen genauso umfasst wie wirtschaftliche, entwicklungspolitische, polizeiliche, humanitäre, soziale und militärische Maßnahmen..... Dazu ist das zielgerichtete Zusammenwirken des Auswärtigen Dienstes, der Entwicklungshilfe, der Polizei, der Streitkräfte, des Zivil- und Katastrophenschutzes und der Nachrichtendienste auf allen Ebenen zu verstärken.....“*

Dem Ratspräsidenten der Evangelischen Kirche in Deutschland, Nikolaus Schneider, ist nur zuzustimmen:

*'Es ist beunruhigend zu sehen, dass die Bundeswehr Stück für Stück zu einer Einsatzarmee umgebaut wird..... Wir dürfen die Bundeswehr nicht zum Instrument einer Kanonenbootpolitik in neuer Form machen..... Weitere Kampfeinsätze zur Durchsetzung welcher Interessen auch immer halte ich nicht für den richtigen Weg' (SZ 03.06.11)*

Gerade in dieser Situation bekräftigt die Erlanger SPD entschieden ihre Position: der Ausrichtung der deutschen Politik an

- Friedensicherung und weltweiter Abrüstung
- der Bekämpfung von Armut, Hunger und Not, einschließlich der Hilfe für Flüchtlinge und ihrer Aufnahme in den reichen Ländern

- dem Aufbau und der Sicherung demokratischer und sozialer Rechte für alle Menschen und in allen Nationen
- der gleichberechtigten internationalen Kooperation und Entwicklungszusammenarbeit - mit dem Ziel des Aufbaus einer gerechten und ökologisch nachhaltigen Weltwirtschaftsordnung

Einsätze der Bundeswehr sind kein Mittel der Politik und dienen ausschließlich der Landesverteidigung und allenfalls der Friedenssicherung bei Einsätzen im Rahmen eines UNO-Mandats („Blauhelme“)